

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA 1974
GESETZGEBUNGSPERIODE

PROCESSO VERBALE
PROTOKOLL

della ...VI... seduta tenuta a BOLZANO il giorno27...März...1974.....
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE
Vorsitz des PRÄSIDENTEN :

Dr. Ing. Karl Vaja

Assistono i SEGRETARI
Beisitz der SEKRETÄRE :

Rosa Franzelin-Werth
Anton Kiem

Sono assenti i CONSIGLIERI
Abwesende ABGEORDNETE :

Dr. Decio Molignoni (entsch.)
Dr. Anselmo Gouthier (entsch.)

Der Südtiroler Landtag ist zusammengetreten, um mit der Tagesordnung vom 14. Dezember 1973 fortzufahren.

* * * * *

Die Sitzung beginnt um 9.45 Uhr.-

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der 5. Landtagsitzung vom 22. März 1974 ersucht der Präsident den Landtag, zur nächsten Sitzung pünktlicher zu erscheinen, um sich nicht gezwungen zu sehen, die Sitzung zu vertagen.

Der Landtag fährt nun mit der Debatte über das Regierungsprogramm des Landeshauptmannes fort.

Als erster Abgeordneter meldet sich Frau Rosa Franzelin zu Wort: Sie bringt einige Wünsche an die Landesregierung vor und zwar betreffend den geplanten Bau der Metangasleitung nach Bozen und allenfalls weiter bis Meran und Brixen, damit die minderbemittelte Bevölkerung billiges Gas bekommt; weiters schlägt sie die Verbesserung der sozialen Wohnbaupolitik und die Gratisverteilung von Schulbüchern in den mittleren und höheren Schulen vor; auch müßte das Supplentenproblem und die Regelung der Kindergartengesetzgebung einer Lösung zugeführt werden.

Der Abgeordnete Achmüller bezeichnet das Programm der neuen Landesregierung als ein Ergebnis des Kompromisses von 4 Koalitionsparteien; es dürfe aber deshalb nicht schlecht beurteilt werden. Er führt sodann einige Punkte des Regierungsprogrammes an, die ihm als Vertreter der Arbeiter und Gewerkschafter besonders wichtig erscheinen: das Volkswohnbauprogramm beurteilt er positiv, doch sei auch der Bau von preiswerten Mietwohnungen unerlässlich, für die Schule fordert er die soziale Sicherstellung der Supplenten, Gratisbücher für Minderbemittelte, eine Globallösung des Hochschulproblems, Chancengleichheit bei der Verteilung von Studienstipendien, Regelung der Zubringerdienste zu den Arbeitsstätten durch Beiträge der Landesregierung an die öffentlichen Verkehrsbetriebe, um den Arbeitnehmern die teure Anreise mit Privatautos zu ersparen.

Der Abg. Mitolo bezeichnet das Regierungsprogramm als eine "Summe von guten Vorsätzen", doch sei "der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert". Er bezeichnet den Ausgang der Regionalratswahlen am 18. Nov. als negativ für die italienischen Parteien, da es deren zu viele gäbe, ein weiterer Grund hierfür sei die Klausel der vierjährigen Ansässigkeit die Wahl Stechers auf einer italienischen Liste und die Wahl Martiners

auf der DC-Liste. Er geht dann Punkt für Punkt auf das Regierungsprogramm ein. Bei der Energiekrise handle es sich um eine Krise des Systems weil das Grundproblem der Demokratie falsch verstanden werde. Den ethnischen Proporz bezeichnet er als abwegig und verfassungswidrig, die Frage der Errichtung einer doppelsprachigen Universität solle zumindest auf Studienkommissionsebene behandelt werden. In diesem Zusammenhang kommentiert er die Zustände in der Universität Trient. Man sollte auf eine gediegene Berufsausbildung mehr Wert legen. Positiv beurteilt er die Ansätze, die die Regierung auf dem Sportsektor unternommen hätte. Abschließend erklärt er aber, daß er nicht daran glaube, daß das Programm durch die Regierung in den nächsten 5 Jahren verwirklicht werden könne, weshalb er ankündige, daß er dieser Regierung nicht das Vertrauen aussprechen wird.

Der Abgeordnete Bertorelle befaßt sich mit Fragen des Wohnbaues und des ethnischen Proporztes. Hinsichtlich der ersten Frage kündigt er an, daß die DC zur gegebenen Zeit den Vorschlag einbringen werde, das Erbbaurecht (Oberflächenrecht) in das Landeswohnbaureformgesetz einzubauen, da dadurch die Wohnungspreise niedriger gehalten werden können. Die Ablehnung der Verankerung des ethnischen Proporztes an die Ergebnisse der Volkszählung durch die S.V.P. während der langwierigen Koalitionsverhandlungen bezeichnet Bertorelle als ein schweres Unrecht. In diesem Zusammenhang zitiert er auch einen Artikel der Tiroler Tageszeitung.

Der Präsident hebt nun die Vormittagsitzung auf und vertagt sie auf Nachmittag um 15.00 Uhr.

Ende der Sitzung um 12.15 Uhr.-

* * * *

Beginn der Nachmittagsitzung um 15.15 Uhr.-

Als erster meldet sich der Abgeordnete Dietl zu Wort. Eingangs bedauert er, daß dem Ausschuß kein Vertreter der sozialen Richtung der S.V.P. angehöre. Weiters stellt Dietl bedauernd fest, daß sich in den letzten 12 Jahren, in denen er nicht mehr dem Landtag angehörte, vieles anstatt zu verbessern, verschlechtert habe. Er kommt auf die langwierigen Koalitionsverhandlungen zu sprechen und während Rumor in Rom eine neue Regierung innerhalb von 2 Wochen gebildet habe. Dietl beanstandet die vielen Italienismen in der deutschen Amtssprache, er fordert eine deutsch Übersetzung des Autonomiestatutes, er vermißt im Programm eine Bezugnahme auf die Ladiner, der Pariser-Vertrag sei kaum und Österreich sowie der Faschismus sei darin überhaupt nicht erwähnt. Das Programm sei zu vage. Er fordert weiters eine straffere und klarere Führung bei den Landesbe-

amten, weiters die Aufstellung von Prioritäten im Programm, es werde kein Wort verloren über die Supplentenkurse und über den Stilfser-Joch-Park. Die Probleme der Land- und Forstwirtschaft seien auch noch am Rande gestreift worden und brüzüglich Proporz habe sich Magnago über Initiative des Abgeordneten Riz vom S.V.P.-Parteiausschuß "zurückpfeifen" lassen. Die Zusatzklärung Magnagos zum Regierungsprogramm hätte keine politische Relevanz. Die S.V.P. wird erkennen müssen, daß es in Südtirol eine zweite politische Kraft als konstruktive Opposition gibt. Betreffs den neuen Staatsgesetzentwurf, der die Parteienfinanzierung auf Staatsebene vorsieht, bekomme die S.V.P. jährlich ungefähr 700 Millionen Lire. Es sei daher deren Aufgabe, auch den Minderheitengruppen gegenüber ihre Pflicht zu erfüllen und sie entsprechend ihrer Stärke im Landtag zu berücksichtigen. Abschließend kündigt Dietl an, daß er aus tiefster Überzeugung gegen das Regierungsprogramm stimmen werde.

Nun verliest Vizelandesrat Rella eine Stellungnahme seiner Partei zum Regierungsprogramm. Er begründet die Beteiligung der DC an der Regierung aus seinem Verantwortungsgefühl heraus ansonsten wäre die Gefahr des Separatismus, des Pangermanismus und Faschismus der 50. Jahre heraufbeschworen worden. Die DC werde auch dafür sorgen, daß der Verfassungsgerichtshof sich mit der Proporzfrage befasse.

Zur Ladiner-Frage erklärt Assessor Rella, daß sich die DC für eine politische Vertretung der Ladiner in allen Gremien einsetze.

Abschließend äußert er sich über die politische Haltung der Tageszeitung "Alto-Adige".

Der Präsident teilt nun mit, daß die Abgeordneten ihre Texte verlesen, nicht länger als 15 Minuten reden dürfen.

Nun ergreift der Abg. Gamper das Wort. Manches was die Opposition gesagt hat, sei unklar geblieben. Das als vage bezeichnete Regierungsprogramm enthalte in Wirklichkeit die grundsätzliche Ausrichtung der Regierungsparteien. Gamper geht näher auf die einzelnen Vorwürfe seiner Vorredner ein, macht einen kurzen geschichtlichen Überblick und erinnert den Abg. Rella, daß Südtirol über 50 Jahre um die Widergewinnung seiner Rechte ringen mußte; es sei falsch und irreführend, wenn von Pangermanismus und Neunazismus gesprochen werde, denn diese gäbe es in Südtirol nicht, vielmehr sei Südtirol das Opfer des Faschismus und des Neunazismus geworden. An Jenny gewandt wundert sich Gamper, daß jener sich für die Rechte der Region schlage, da Jenny vor 10 Jahren andere Töne geschwungen habe. Die Verbindung der Völker dies- und jenseits der Alpen sei Jahrhundertlang während der Blüte des Abendlandes eine Selbstverständlichkeit gewesen und erst durch die Nationalismen und die Franzö-

sische Revolution zerstört worden. Die S.V.P. werde sich auch dafür einsetzen, daß im Landhaus auch die deutsche Sprache gebührend zur Geltung komme. Gamper bezeichnet auch den Passus im Regierungsprogramm, wonach sich jede Koalitionspartei gegen jedwede Form der Assimilierung und der künstlichen Änderung des Volksgruppenverhältnisses einsetzt, als bahnbrechend und von historischer Tragweite. Nach einer Darlegung seines Standpunktes über den Proporz und dessen Auswirkungen versichert Gamper den Ladinern, daß sie S.V.P. zu ihnen stehen werde, wenn es um ihre Anliegen geht. Betreffs die Wirtschaftskrise bemerkt Gamper, daß man die Regierungsbildung damit in Zusammenhang gebracht habe, man aber dabei übersehen habe, daß es auf diesem Gebiet mit der Autonomie sehr im argen liege, da man keine Finanzhoheit besitze. Dies schließe aber die Verpflichtung nicht aus, sparsam und haushalterisch die Mittel einzusetzen. Nach einigen Ausführungen betreffend die Beamtenschaft, das Doppelsprachigkeitsmisere bei den Staatsämtern der Justiz und Finanz betont Gamper abschließend, daß sich die S.V.P. überall wie bisher für ihre berechtigten Forderungen einsetzen wird.

Nach einer Stellungnahme des Abg. Martiner zu einigen Aussagen Gampers über die Ladinern, antwortet auch der Abg. Stecher den Abg. Gamper und Rella auf einige Vorwürfe.

Der Abg. Jenny weist eingangs in seiner Stellungnahme zu Gampers Ausführungen darauf hin, daß er ein gewisses Zitat, das ihm in den Mund gelegt wurde, nicht ausgesprochen hätte und er ersucht den Präsidenten, dies anhand des Tonbandes in der nächsten Sitzung klarzustellen. Er spricht sich für den Proporz aufgrund der letzten Volkszählung aus und wirft der S.V.P. vor, daß sie im Namen des Volkstumes Parteipolitik betreibe. Betreffend den Vorwurf, daß im Jahre 1972 die S.F.P. ihren Wählern empfohlen habe, für Kandidaten der italienisch-sozialistischen Partei zu wählen, betont Jenny, daß er stolz darauf sei, weil er abgeraten habe, jenen Männern die Stimme zu geben, die eine halbfaschistische Regierung ein halbes Jahr untersützt haben.

Als letzter Redner meldet sich Landesrat Benedikter zu Wort; er nimmt kurz Stellung zu den Aussagen über die Urbanistik und zum sozialen Wohnbau sowie als Mitglied der Kommission zur Ausarbeitung der Durchführungbestimmungen.

Der Präsident hebt nun die Sitzung auf und vertagt sie auf Mittwoch, den 3. April 1974, um 9.30 Uhr.

Ende der Sitzung um 19.20 Uhr.

* * * * *

DIE SEKRETÄRE

Rosa Franzelin-Werth *Rosa Franzelin*

Kiem Anton *Anton Kiem*

Dr. Anselmo Gouhtier *Gouhtier*

DER PRÄSIDENT

-Dr. Ing. Karl Vaja -
Karl Vaja

/sd

**CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG**

VII. LEGISLATURA 1974
GESETZGEBUNGSPERIODE

**PROCESSO VERBALE
PROTOKOLL**

della VII. seduta tenuta a BOLZANO il giorno27...marzo...1974.....
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE : Dott. ing. Karl Vaja
Vorsitz des PRASIDENTEN :

Assistono i SEGRETARI : Rosa Franzelin-Werth
Beisitz der SEKRETARE : Anton Kiem

Sono assenti i CONSIGLIERI : Prof. Decio Mollignoni (giustificato)
Abwesende ABGEORNETE : Avv. Anselmo Gouthier (giustificato)

Il Consiglio provinciale é stato convocato per proseguire con la trattazione dell'ordine del giorno del 14 dicembre 1974.

La seduta inizia alle ore 9.45.-

Dopo la lettura e l'approvazione del processo verbale della 5ª seduta del Consiglio provinciale del 22 marzo 1974, il Presidente invita i consiglieri ad essere piú puntuali alla prossima seduta, onde evitare che la stessa debba venire aggiornata.

Viene quindi ripresa la discussione sul programma di governo presentato dal Presidente della Giunta provinciale.

Chiede per primo la parola il consigliere signora Franzelin-Werth che avanza alcune richieste alla Giunta concernenti la programmata costruzione del metanodotto fino a Bolzano e quindi fino a Merano e Bressanone, grazie al quale i ceti meno abbienti potranno usufruire di gas a buon prezzo; propone ed auspica altresí un miglioramento della politica per l'edilizia abitativa sociale, la distribuzione gratuita di libri di testo nelle scuole medie e superiori, la soluzione del problema dei supplenti e la regolamentazione della legislazione sulle scuole materne.

Il consigliere Achmüller definisce il programma della neoeletta Giunta un risultato del compromesso raggiunto dai 4 partiti della coalizione, che però, pur riconoscendolo tale, non deve venir valutato negativamente.

L'oratore entra quindi nel merito di alcuni punti del programma di governo, che egli, in veste di rappresentante dei lavoratori e di sindacalista, ritiene di particolare importanza.

Per quanto riguarda il programma dell'edilizia economica e popolare, il suo giudizio é positivo, ma dichiara che la costruzione di alloggi in affitto a prezzi accessibili é divenuta un imperativo indilazionabile.

In riferimento al settore scolastico, il consigliere Achmüller rivendica una sicurezza sociale per i supplenti, libri di testo gratuiti per i meno abbienti, una soluzione globale del problema attinente alle scuole superiori, parità di possibilità nell'assegnazione delle borse di studio.

Passando poi al settore dei trasporti egli chiede una regolamentazione dei servizi di trasporto per raggiungere il posto di lavoro, mediante la concessione di contributi da parte della Giunta a favore delle aziende di trasporto pubbliche, affinché i lavoratori non siano piú costretti a raggiungere il posto di lavoro con il proprio automezzo e si possa risparmiare loro cosí la non indifferente spesa da ciò comportata.

Il consigliere Mitolo definisce il programma di governo una "somma di buoni propositi" ma, soggiunge l'oratore, "anche la strada che porta all'inferno é coperta da buone intenzioni".

Egli é dell'avviso che il risultato delle elezioni regionali del 18 novembre é stato negativo per i partiti italiani e ciò sarebbe da rincodurre a diversi fattori che ha elencato: l'esistenza di un numero eccessivo di partiti italiani, la clausola della residenza quadriennale, l'elezione del consigliere Stecher su una lista italiana e l'elezione del dott. Martiner sulla lista della DC.

Il consigliere Mitolo prende in esame il programma punto per punto. Egli definisce la crisi energetica una crisi del sistema, dato che il problema fondamentale della democrazia viene interpretato in maniera errata, ritiene che la proporzionale etnica sia scorretta e incostituzionale. La questione inerente all'istituzione di un'università bilingue - continua l'oratore - dovrebbe perlomeno venir discussa da una commissione di studio e a tal proposito commenta la situazione dell'università di Trento. Sfiando poi i problemi del lavoro, egli sostiene che si dovrebbe attribuire piú valore ad una adeguata formazione professionale. Il consigliere Mitolo continua approvando gli stanziamenti effettuati dalla Giunta per il settore della attività sportiva e conclude dichiarando che non crede che il programma presentato possa venir realizzato dalla Giunta provinciale nei prossimi 5 anni e che, di conseguenza, non potrà dare voto di fiducia a questo Governo provinciale.

Prende ora la parola il consigliere Bertorelle, che tocca i problemi dell'edilizia abitativa e della proporzionale etnica.

Per quanto concerne il settore dell'edilizia abitativa, egli comunica che quando sarà il momento la DC presenterá la proposta di inserire nella legge provinciale di riforma dell'edilizia abitativa il diritto di superficie, dato che con ciò sarà possibile tenere i prezzi degli alloggi piú bassi. Il "no" espresso dall' SVP, nel corso delle lunghe e difficili trattative di coalizione all'agganciamento della proporzionale al risultato del censimento é da considerarsi una grave ingiustizia. - dichiara il consigliere democristiano - e conclude citando a tal proposito anche un articolo del "Tiroler Tageszeitung".

Alle ore 12.15.- il Presidente toglie la seduta antimeridiana e la aggiorna alle ore 15.00.- del pomeriggio.

La seduta pomeridiana ha inizio alle ore 15.15.-

Prende per primo la parola il consigliere Dietl che esordisce esprimendo il suo rammarico per il fatto che al tavolo della Giunta non sieda alcun esponente della "corrente sociale" dell' SVP e deplora di dover constatare che negli ultimi 12 anni in cui non ha fatto parte del Consiglio, molte cose siano peggiorate anziché migliorate. Volge poi la sua critica alle lunghe trattative di coali-
ziona: a Roma, dichiara l'oratore, l'on. Rumor é riuscito a forma-
re il nuovo Governo in due settimane, mentre per il nostro Governo provinciale sono stati impiegati ben 4 mesi. Egli estende la sua critica ai molti italianismi assorbiti dal linguaggio burocratico tedesco, chiede una traduzione tedesca dello Statuto di autonomia. Il programma é troppo superficiale - continua l'esponente dell'SFP - sembra che i ladini non esistano, non si fa alcun accenno al Tratta-
to di Parigi, non si dice nulla dell' Austria, si tace sul fascismo. Egli chiede inoltre maggior rigidità e chiarezza per quanto riguar-
da i quadri direttivi del personale provinciale e che nel programma venga inserita una lista di priorità. Non vengono menzionati né i corsi per supplenti né il Parco dello Stelvio - continua l'oratore - i problemi dell'agricoltura e delle foreste sono stati solamente sfi-
rati. Per quanto concerne la proporzionale, il dott. Magnago si é ar-
reso di fronte al richiamo lanciategli dall'esecutivo dell' SVP su iniziativa dell'on. Riz ed aggiunge che la dichiarazione suppletiva del dott. Magnago non ha rilevanza politica. L'SVP - continua il con-
sigliere Dietl - dovrà riconoscere che ora in Alto Adige esiste una seconda forza politica che si presenta in veste di opposizione costrut-
tiva.

In base al nuovo disegno di legge statale in merito al finanziamen-
to dei partiti a livello nazionale, l' SVP incasserá circa 700 milio-
ni all'anno. Da qui quindi il compito di questo partito - dichiara lo
oratore - di fare il proprio dovere anche nei confronti delle minoranze e di prenderle in considerazione in base alla loro forza numerica in Consiglio.

Il consigliere Dietl conclude dichiarando di votare contro il pro-
gramma di Governo, e ciò per profonda convinzione.

L'Assessore supplente Rella dà lettura di una presa di posizione sul programma di Governo. Egli dichiara che la partecipazione della DC al Governo é stata dettata da un senso di responsabilità, che ha suggerito di scongiurare i pericoli del separatismo, del pangermanesimo e del fa-
scismo degli anni 50.

La DC farà anche in modo che il problema della proporzionale venga portato avanti la Corte Costituzionale - dichiara l'oratore - e per quanto concerne la questione dei ladini, il suo partito si batterà per una rappresentanza politica degli stessi in tutti gli organi collegiali della Provincia e conclude commentando l'atteggiamento politico del quotidiano "Alto Adige".

Il Presidente comunica che i consiglieri che danno lettura dei loro interventi non hanno facoltà di parlare per più di 15 minuti.

Prende ora la parola il consigliere Gamper, che esordisce dicendo che certe argomentazioni dell'opposizione non sono state chiare e che il programma di Governo definito "vago" contiene in realtà l'indirizzo fondamentale dei partiti della coalizione.

Il capogruppo dell' SVP si sofferma sulle singole accuse mosse dagli oratori che lo hanno preceduto e traccia un breve quadro storico retrospettivo ricordando al consigliere Rella, che l'Alto Adige ha dovuto lottare per oltre 50 anni per riconquistare i propri diritti; è sbagliato e potrebbe portare ad una deformazione dei fatti parlare di pangermanesimo e di neonazismo, tanto più che non esistono in Alto Adige; va detto anzi, che la nostra Provincia è piuttosto diventata la vittima del fascismo e del neonazismo.

Rivolgendosi poi al consigliere Jenny, l'oratore dice di meravigliarsi per il fatto che questi si batta per i diritti della Regione; infatti lo stesso consigliere Jenny 10 anni or sono aveva asserito ben altre cose.

Le relazioni fra i popoli al di qua e al di là dell' Alpi, ai tempi in cui fioriva la civiltà occidentale, sono state considerate logiche per secoli interi e sono state spezzate solo dai nazionalismi e dalla rivoluzione francese. L'SVP - continua poi l'oratore - si adopererà anche affinché nel Palazzo della Provincia venga attribuita la debita importanza all'uso della linguatedesca. Il passo del programma di Governo, in cui si dichiara che tutti i partiti della coalizione si opporranno a qualsiasi forma di assimilazione e di mutamento artificiale del rapporto fra i gruppi etnici, è da considerarsi - continua il consigliere Gamper - all'avanguardia e di portata storica.

Dopo aver illustrato il proprio punto di vista sulla proporzionale e sulle conseguenze ad essa attinenti, il capogruppo dell'SVP assicura ai ladini l'appoggio del suo partito nel sostenimento delle loro cause. Passando poi alla crisi economica, l'oratore osserva che, mettendola in relazione con la formazione della Giunta, non si è tenuto presente che in questo campo l'autonomia è ancora ben lungi

dal potere esercitare la sovranità finanziaria, fatto questo, che non esonera però dal dovere di impiegare i mezzi finanziari con parsimonia. Dopo alcune osservazioni sul personale, sulla precarietà del bilinguismo presso gli Uffici Statali, della Giustizia e delle Finanze, il consigliere Gamper conclude ribadendo che l' SVP si impegnerà, come ha fatto per altro in passato, affinché le sue giustificate rivendicazioni trovino riscontro.

Seguono una presa di posizione del consigliere Martiner in replica ad alcune dichiarazioni del consigliere Gamper sui ladini e una risposta del consigliere Stecher ad alcune accuse mosse dai consiglieri Gamper e Rella.

Prende quindi la parola il consigliere Jenny, che inizia la sua presa di posizione sulle dichiarazioni del capogruppo dell'SVP, protestando per il fatto che gli sia stata attribuita una certa citazione che invece non ha mai pronunciato e prega il Presidente di chiarire questo equivoco nella seduta successiva, in base al nastro magnetofonico.

Anche il consigliere Jenny auspica l'agganciamento della proporzionale all'ultimo censimento e accusa l'SVP di mistificare la propria politica di partito dietro il pretesto delle questioni etniche.

Per quanto concerne poi l'accusa, secondo la quale nel 1972 lo SFP avrebbe raccomandato ai propri elettori di votare a favore di candidati del partito socialista italiano, il consigliere Jenny dice di andarne fiero, perché ha sconsigliato di dare il voto a quei politici che per sei mesi hanno sostenuto un Governo semi-fascista.

L'ultimo a prendere la parola è il consigliere Benedikter che prende brevemente posizione su alcuni punti sollevati in merito all'urbanistica e all'edilizia abitativa sociale, nonché sull'elaborazione delle norme di attuazione, in qualità di membro della Commissione

Alle ore 19.20 il Presidente dichiara tolta la seduta e la aggiornerà a mercoledì, 3 aprile, con inizio alle ore 9.30.-

La seduta termina alle ore 19.20.-

* * * * *

I SEGRETARI

Sig.ra Rosa Franzelin-Werth

Anton Kiem



IL PRESIDENTE

dott. ing. Karl Vaja

